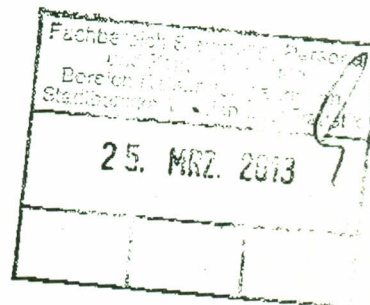


Manfred Schlegel
Diplom-Volkswirt
Karl-Heinz Schlegel
Alte Stöckener Straße 56
30419 Hannover

Hannover, den 19.03.2013



An den Rat (SPD, CDU, Grüne, FDP und Linke)
der Stadt Hannover
Trammplatz 2

30159 Hannover

Betr.: Schlimme Zustände am jüdischen Denkmal in Hannover
Petition vom 09.02.2013

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist unverständlich, wieso Sie uns bis heute nicht den Eingang unserer Petition vom 09.02.2013 bezüglich der Entwürdigung des Holocaust-Mahnmals durch verantwortungslose Jugendliche bestätigt haben.

Aus diesem Grunde fügen wir nochmals ein Exemplar unserer Petition vom 09.02.2013 bei.

Hochachtungsvoll

Manfred Schlegel
Diplom-Volkswirt
Karl-Heinz Schlegel
Alte Stöckener Straße 56
30419 Hannover

Hannover, den 09.02.2013

An den Rat (SPD, CDU, Grüne, FDP und Linke)
der Stadt Hannover
Trammplatz 2

30159 Hannover

Betr.: Schlimme Zustände am jüdischen Denkmal in Hannover

Wir Deutsche sind von gestern, wir haben zwar seit einem Jahrhundert ganz tüchtig kultiviert, allein es können noch ein paar Jahrhunderte hingehen, ehe bei unseren Landsleuten so viel Geist und höhere Kultur ein-dringe und allgemein werde, daß man von Ihnen wird sagen können, es sei lange her, daß sie Barbaren gewesen.

Goethe

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am **16.07.2010** sprachen wir den Landesvorsitzenden der jüdischen Gemeinden Niedersachsens Herrn **Fürst** wegen der seit langer Zeit zu beobachtenden Entehrung des jüdischen Denkmals durch Jugendliche an und bemerkten, weder der Landtag noch die Stadt kümmere sich um das Mahnmal. Herr Fürst sagte ernst, die Stadt sei für das Denkmal zuständig.

In diesem Zusammenhang sagten wir, es gebe immer noch Antisemitismus in diesem Land, dem die jüdischen Gemeinden permanent ausgesetzt seien, wie in den Zeitungen zu lesen sei. Herr Fürst bestätigte das.

Es ist unglaublich, daß die von den **Sozialdemokraten** und **Grünen** (diese beiden „Fortschrittsparteien“) regierte Stadt vor dem Hintergrund der abscheulichen Verbrechen, die die Nazis an den von ihnen zu Juden gestempelten Deutschen begangen hatten, zuließ, das Denkmal von Jugendlichen beständig so entwürdigend zu lassen. **Erstaunlich ist, daß von der Linken, die im Stadtrat vertreten ist, kein Protest kam, obwohl sie doch allen Grund dazu hätte.**

Wann immer wir an dem Denkmal vorbeigingen, saßen Jugendliche beiderlei Geschlechts bei lautester Musik auf dem Denkmal, tranken Alkohol, rauchten Zigaretten und tanzten vor dem Denkmal in liederlichster Kleidung. Ebenso lagerten sie auf dem angrenzenden Rasen. Andere Jugendliche benutzten den Zugang zum Denkmal als Übungsplatz für ihre Skateboards, mit denen sie gegen das Denkmal fuhren oder daraufsprangen. Jugendliche benutzen sogar die Anlage zum Urinieren. Das Denkmal und die Anlage verkamen. Anstatt daß die Stadt entschieden eingeschritten wäre, stellte sie ihnen sogar trotz Protestes der Anwohner und des Opernhauses eine Behelfstoilette hin. So schützte die Stadt ihre für viel Geld neu hergerichtete Anlage. Das Renovieren der alten Anlage hätte völlig gereicht (es wäre billiger gewesen) und den Jugendlichen nicht die Möglichkeit gegeben, sie so zu mißbrauchen.

Es ist nicht so, daß diese Jugendlichen nicht wüßten, daß es sich um das Holocaust-Mahnmal handelt. Sie handeln einfach verantwortungs- und gewissenlos.

Als wir einmal einen Jugendlichen zurechtweisen wollten, weil er auf dem Denkmal stand und trank, und darauf hinwies, daß es sich um das jüdische Denkmal handle, das an die vor über 50 Jahren von den Nazis ermordeten jüdischen Bürger Hannovers erinnere, sagte er in dummer und frecher Weise, das sei ihm doch scheißegal, ob das vor 50 oder 500 Jahren gewesen sei. Daraufhin wurde er gefragt, welche Schule er besuche. Er sagte, er würde den erweiterten Sekundarabschluß machen. Hierauf bemerkten wir: und dann rede er so ein unsinniges Zeug, worauf er mit Schlägen drohte. Dabei wurde er von seinen auf dem Denkmal sitzenden Trinkfreunden unterstützt.

Wie man sieht ist bei diesen Jugendlichen nichts mehr vorhanden, weder Respekt, noch Ehrfurcht, noch Bildung.

Da sich der Zustand am Denkmal weiter verschlimmerte, protestierte endlich die jüdische Gemeinde öffentlich. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde von Hannover Herr **Fürst** wandte sich im **August 2012** in einem Brief an die Stadt Hannover und beschwerte sich über den „**hundsmiserablen**“ und „**saumäßigen**“ Zustand des Holocaust-Denkmal, das Schäden aufweise, wie es in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 10.08.2012 heißt. Merkwürdigerweise erwähnt Herr Fürst mit keinem Wort die Jugendlichen, die das verursachten.

Die Stadt bestritt in dreister Weise diese Vorwürfe.

Herr Fürst hatte sich schon im Frühjahr bei der Stadt über den schlechten Zustand des Mahnmals beschwert und gefordert, daß das Denkmal gereinigt wird, ohne daß sich etwas getan hatte.

Weil, Oberbürgermeister der Stadt Hannover, der Spitzenkandidat der SPD bei der Landtagswahl am 20.01.2013 war und wohl künftiger Ministerpräsident Niedersachsens, der den Konsolidierungskurs (den Sparkurs) seines Vorgängers **McAllister** fortsetzen will, so daß man schon jetzt sagen kann, daß sich auch unter Rot/Grün in Niedersachsen grundsätzlich nichts ändern wird (nur dann, wenn etwas gegen die Arbeitslosigkeit getan wird (**Einführung der 30-Stunden-Woche und das Auflegen großvolumiger Konjunkturprogramme**)), ließ dennoch über seinen Sprecher **Möller** der Öffentlichkeit mitteilen, das Mahnmal würde täglich gereinigt. Zu Weil ist an dieser Stelle noch anzumerken, daß er die von seinem Vorgänger **Schmalstieg** übernommene Obdachlosigkeit (einige 100 in Hannover sind obdachlos) nicht beseitigt hat. Er hat es nicht für nötig gehalten, von dem großen Haushalt soviel Geld abzuzweigen, um die Obdachlosigkeit zu beheben. Er hat sogar dem Enthüllungsjournalisten **Wallraff** widersprochen, daß der Bunker am Wedekindplatz (wo Wallraff im **Februar 2009** übernachtete) geschlossen werden müßte, weil – wie der Öffentlichkeit seit langem bekannt – dort die schlimmsten Zustände herrschten. In hannoverschen Obdachlosenunterkünften herrschen Mord und Totschlag (siehe die Zeitungsmeldungen). Weil hat dann doch ungefähr 1 Jahr später den Bunker am Wedekindplatz schließen müssen.

Da Weil offenbar nicht bereit war, den schlimmen Zustand des Mahnmals und der Umgebung abzustellen, schrieb Herr Fürst an Weil, er verzichte auf die von der Stadt erhaltene Einladung an einer Gedenkveranstaltung in **Theresienstadt** für die dorthin deportierten Hannoveraner teilzunehmen, wenn das eigene Mahnmal der Landeshauptstadt mit Füßen getreten würde (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 14.08.2012). Herr Fürst schlug deshalb vor, daß die jüdische Gemeinde die Reinigung selbst übernehme.

Es ist wirklich sehr befremdlich wie sich Weil verhält. Ihm ist bekannt, daß neben den jüdischen Bürgern, Sozialdemokraten (seine politischen Vorfahren), Kommunisten und bürgerliche Oppositionelle in großer Zahl von den Nazis ermordet wurden, daß es in diesem Land wieder Antisemitismus und Rassismus gibt. Er aber in seiner Funktion als höchster politischer Vertreter - als Oberbürgermeister - der Stadt Hannover sieht sich nicht veranlaßt, dieses seit langem sich in einem durch verantwortungslose Jugendliche verwehrten Zustand befindliche Mahnmal nach schweren Protest von Herrn Fürst umgehend in Ordnung zu bringen, obwohl er dazu verpflichtet ist. Das Mahnmal gehört der Stadt. Das Mahnmal erinnert an die menschenverachtende Politik der Stadt Hannover während der Nazizeit, **die sich nicht wiederholen darf.**

Wenn man in diesem Zusammenhang daran denkt, daß es in der SPD Mitglieder gibt, die die allerbedenklichsten Aussagen über andere Völker - wie z.B. der frühere Finanzsenator von Berlin und später im Vorstand der Deutschen Bundesbank tätige **Sarrazin** - machen, den der damalige Bundesbankpräsident **Weber** unter dem Druck der Öffentlichkeit entlassen mußte, dann kann mit der SPD etwas nicht stimmen.

Sarrazin hat gesagt: „**Alle Juden teilen ein bestimmtes Gen, Basken haben ein bestimmtes Gen, die sie von anderen unterscheiden.**“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 30.08.2010) **Das ist reinste Nazideologie.** Er weiß, daß auf diese Weise Antisemitismus und Rassismus in diesem Land geschürt werden. Antisemitismus und Rassismus sind laut Presse schon wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Ihm ist bekannt, daß die Nazis 6.000.000 von ihnen zu Juden gestempelte Europäer und 500.000 Roma und Sinti ermordeten, für die es noch keine wirkliche Wiedergutmachung gegeben hat. Er weiß, daß Neonazis etwa 250 deutsche und ausländische Bürger seit der Wiedervereinigung ermordeten. Ihm ist bekannt, daß **Sinti und Roma** schon wieder abgeschoben werden. Sarrazin weiß auch von den inzwischen bekanntgewordenen Verbrechen des **NSU** an türkischen Bürgern und anderen. Schlimm ist, daß die Presse Sarrazin so oft zu Wort kommen läßt. Der Parteivorsitzende **Gabriel**, von dem der frühere Bundeskanzler **Schmidt** laut Zeitung wenig hält, hat nicht sofort die notwendigen Maßnahmen eingeleitet, daß Sarrazin aus der SPD ausgeschlossen wird. Im Gegenteil, Sarrazin fand Unterstützung in der Partei, z.B. in dem früheren Hamburger Bürgermeister **Dohnanyi**. Sarrazin ist immer noch SPD-Mitglied. Ökonom Sarrazin hat sich auch verantwortungslos gegenüber den **Hartz IV-Opfern** geäußert. Man könne sich mit dem wenigen Hartz IV-Geld (**381 Euro** pro Monat) täglich ein schönes Menü zusammenstellen. Für die Hartz-Gesetze, die zu einer Verarmung von Millionen Menschen geführt haben, sind sein Parteifreund **Schröder** (der frühere Bundeskanzler) und der Grüne **Fischer** (der frühere Außenminister) verantwortlich. Die Hartz-Gesetze waren völlig überflüssig: sozialpolitisch erzeugten sie – wie schon gesagt – Massenelend und sie sind für den Export nicht notwendig, da die Bundesrepublik seit Jahrzehnten eines der führenden Exportländer ist. **Die SPD, die einstmals sozialistische Ziele verfolgte, ist wie man sieht, politisch und moralisch tief gesunken.** Sarrazin durfte kürzlich (am 24.01.2013) in Hannover im Landesmuseum mit der Sozialministerin **Özkan** (CDU) über den Islam diskutieren. Seine absurde Behauptung, der Islam lasse sich nicht integrieren, wird durch die Tatsache widerlegt, daß die islamisch gläubigen Bürger zu mehreren Millionen hier seit Jahrzehnten (sie sind von der Wirtschaft und den verantwortlichen Politikern reingeholt worden) friedlich leben und arbeiten (meist unter schlechteren finanziellen Bedingungen als die deutschen Bürger) und so das Bruttosozialprodukt vermehren.

In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 15.08.2012 heißt es, es würde Bewegung in die Sache Mahnmal kommen, da sich bei Herrn Fürst eine Reinigungsfirma gemeldet habe, die die Reinigung des Mahnmals übernehmen wolle. Nach der Sommerpause solle es ein Gespräch mit der Verwaltung geben, an dem – davon ginge Herr Fürst aus – auch Oberbürgermeister Weil teilnehmen würde.

Der zwischen jüdischer Gemeinde und der Stadt eskalierende Streit veranlaßte die Initiatorin des Denkmals und frühere Intendantin des NDR in Hannover, Frau **Rosh**, aus der Ferne (sie wohnt in Berlin) in die Auseinandersetzung einzugreifen. Sie sagte, die Stadt habe sich damals unter **Schmalstieg** (SPD) verpflichtet, das **1994** errichtete Denkmal in Ordnung zu halten. Sie wolle sich deshalb schriftlich an den Oberbürgermeister Weil wenden (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 16.08.2012).

Etwa eine Woche später stand dann in der Zeitung (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 22.08.2012), es habe ein Gespräch zwischen dem Gemeindevorsitzenden Herrn Fürst und Weills Büroleiter **Herbert** gegeben, in dem ihm mitgeteilt wurde, die Stadt wolle das Denkmal für **12.000 Euro** sanieren, Anfang September würde damit begonnen. Überdies würden zur Information über die Gedenkstätte Tafeln angebracht. Herrn Fürsts Optimismus, es würde mit dem Oberbürgermeister Weil nach der Sommerpause ein Gespräch geben, bestätigte sich wie man sieht nicht. So abweisend verhält sich Weil gegenüber dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Hannover und Landesvorsitzenden Herrn Fürst.

Das Mahnmal wurde dann eingezäunt und über mehrere Wochen saniert. **Informationstafeln** – wie oben angekündigt – **sind unverständlicherweise bis heute am Holocaust-Denkmal nicht zu finden.**

Was passierte danach? Nur wenige Wochen nach der Renovierung – das wird niemand für möglich halten – lagerten Jugendliche erneut auf dem Holocaust-Mahnmal und trieben das gleiche Spiel. Die Würde des Ortes wurde abermals mit Füßen getreten. **Weil** und sein grüner Stellvertreter **Mönninghoff** schritten wieder nicht ein. Die Proteste des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde von Hannover Herrn **Fürst** waren also fruchtlos wie man sieht. Die jüdische Gemeinde ist – wie zu erfahren war – zu demselben Ergebnis gelangt. Die jüdische Gemeinde Hannovers ist also gezwungen, den Protest fortzusetzen. Die Stadt muß endlich ihrer Verpflichtung nachkommen.

Lösung:

Um das Denkmal sollte eine Barriere gezogen, endlich die Informations- und Erinnerungstafeln aufgestellt und regelmäßig von der Polizei überwacht werden.

Hochachtungsvoll

